

Bundesminister Norbert Totschnig ein Jahr im Amt	1
Moosbrugger: Biodiversitätsflächen überflügeln genutzte Bracheflächen bei weitem	3
EU-Agrarausschuss debattiert über Generationenwechsel in der Landwirtschaft	4
Stickstoffkrise in den Niederlanden: Landwirte müssen Emissionen reduzieren	5
LKÖ nominiert Lorenz Mayr als neuen Vorsitzenden des AMA Verwaltungsrates	8
Uneinheitliche Preisentwicklung am EU-Schlachtrindermarkt	9
Kartoffelmarkt: Ware aus der Ernte 2022 fast zur Gänze vermarktet	10
RWA-Challenge sucht neueste Robotik- und KI-Lösungen für die Landwirtschaft	10
Studierende präsentieren Agrarroboter auf der Messe "Land & Forst" in Wieselburg	11

Bundesminister Norbert Totschnig ein Jahr im Amt

Bilanz in Zeiten von Ukraine-Krieg, Teuerung und Sicherstellung der Lebensmittelversorgung

Wien, 23. Mai 2023 (aiz.info). - **Norbert Totschnig**, Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Regionen und Wasserwirtschaft, ist seit einem Jahr im Amt. Das Jahr war geprägt von den Folgen des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine, der Teuerung, sowie der Erhaltung der Versorgungssicherheit in Österreich. Gleichzeitig sei vieles gelungen, zieht Totschnig Bilanz: "Hinter uns liegen Monate, die uns alle beruflich und privat einiges abverlangt haben. Wir haben es aber geschafft, zahlreiche Herausforderungen gemeinsam zu meistern. Nun gilt es, den Blick nach vorne zu richten. Aber auch der Blick zurück lohnt sich, denn die Bilanz zeigt: Es ist viel gelungen. Die Erfolge des vergangenen Jahres waren aber kein Selbstläufer, sondern das Resultat konsequenter, konsensorientierter Politik. In der Bundesregierung und gemeinsam mit den Vertreterinnen und Vertretern des ländlichen Raumes konnten zahlreiche Maßnahmen umgesetzt werden. Für dieses Engagement möchte ich mich bedanken, denn diese Erfolge sind nur durch den Einsatz jeder und jedes Einzelnen möglich."

Umsetzung der Gemeinsamen Agrarpolitik

Mit der Umsetzung der neuen Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) ab 1. Jänner 2023 in Österreich gibt es für die Bäuerinnen und Bauern Stabilität und Planbarkeit für die nächsten Jahre, wie Totschnig betont. Insgesamt stehen rund 1,8 Mrd. Euro pro Jahr für die bäuerlichen Familienbetriebe und deren multifunktionale Leistungen für die Gesellschaft sowie zur Entwicklung des ländlichen Raums zur Verfügung.

Entlastungsmaßnahmen für die Land- und Forstwirtschaft

Zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit und der Versorgung mit österreichischen Lebensmitteln wurden zahlreiche Entlastungsmaßnahmen, speziell für die Land- und Forstwirtschaft, umgesetzt. Dazu zählen die CO₂-Rückvergütung für die Land- und Forstwirtschaft im Zuge der ökosozialen Steuerreform, die temporäre Agrardiesel-Rückvergütung, 9 Mio. Euro für die heimische Obst- und Gemüseversorgung, 110 Mio. Euro Versorgungssicherungspaket für die Landwirtschaft, 120 Mio. Stromkostenzuschuss für die Landwirtschaft sowie die Stromkostenbremse für bäuerliche Haushalte.

Schulterschluss für mehr Tierwohl: Im Juni 2022 ist mit der Novellierung der Tierhaltungsverordnung sowie des Tiertransport- und Tierschutzgesetz ein branchenübergreifender Schulterschluss für mehr Tierwohl und Planungssicherheit gelungen.

Herkunftskennzeichnung in der Gemeinschaftsverpflegung: Mit 1. September startet die verpflichtende Herkunftskennzeichnung bei Fleisch, Milch und Eiern in der Gemeinschaftsverpflegung - ein erster konkreter Umsetzungsschritt für mehr Transparenz auf unseren Tellern.

Starker Einsatz auf internationaler und EU-Ebene: Auf EU-Ebene setzte Totschnig seinen politischen Schwerpunkt auf Versorgungssicherheit und EU-Politik mit Hausverstand. Dazu zählen etwa Themen wie die Wolfsproblematik, die nachhaltige Verwendung von Pflanzenschutz (SUR), das Forstmonitoring aber auch sämtliche Allianzen mit anderen Mitgliedsländern zu brisanten Themen.

Sonder-Investitionsprogramm "Energieautarke Bauernhöfe": Bis 2025 stehen 100 Mio. Euro zur Stärkung der Energie-Unabhängigkeit und Krisenfestigkeit land- und forstwirtschaftlicher Betriebe zur Verfügung.

Ein Jahr Fairness-Büro: Vor einem Jahr nahm das Fairness-Büro seine Arbeit auf und bietet seither Bäuerinnen und Bauern sowie Verarbeitern kostenlose und anonyme Hilfe, wenn sie von unfairen Handelspraktiken betroffen sind. Der erste Tätigkeitsbericht des Fairness-Büros hat erstmalig die unfairen Praktiken in der Lebensmittelkette aufgezeigt.

AMA-Gesetz-Novelle: Mit der Novelle des AMA-Gesetzes wurde das Agrarmarketingbeitragssystem breit und zukunftsorientiert aufgestellt. Das sichert ein effizientes und leistungsstarkes Marketing, um die qualitativ hochwertigen Lebensmittel der Bäuerinnen und Bauern bestmöglich bewerben zu können.

Weiterentwicklung des AMA-Gütesiegels: Das AMA-Gütesiegel bei Milch, Milchprodukten und Rindfleisch wurde weiterentwickelt. Betriebe werden etwa beim Umstieg raus aus der dauernden Anbindehaltung unterstützt.

Anpassung der Pauschalierungsgrenzen: Seit 2002 ist es erstmals gelungen, steuerliche Grenzen im Rahmen der Pauschalierungsverordnung für die Land- und Forstwirtschaft anzuheben. Ebenso gelang die Erhöhung der steuerlichen Einnahmegrenze für land- und forstwirtschaftliche Nebentätigkeiten und die Absicherung des Einheitswertes.

Waldfonds: Der mit 350 Mio. Euro dotierte Waldfonds zur Bewältigung von klimabedingten Schadereignissen wie Sturm- oder Borkenkäferschäden und zur Unterstützung von nachhaltigen, klimaangepassten Wäldern, wurde um weitere zwei Jahre verlängert.

Einheitliche Vorgehensweise des Lebensmittelhandels bei einem Blackout: Die Versorgungslage in Österreich ist gesichert. Neue potenzielle Herausforderungen erfordern allerdings rechtzeitige Vorbereitung, um auch in Krisenfällen gerüstet zu sein. Deshalb wurde ein Blackout-Plan für den Lebensmittelhandel erarbeitet.

5-Punkte-Resilienzplan für eine sichere Lebensmittelversorgung: Um die Versorgungssicherheit in Österreich weiter zu stärken, wurden ein außerordentlicher Fördercall für lebensmittelverarbeitende Betriebe eingerichtet, die BML-Ressortforschungsschwerpunkte auf Versorgungs- und Ernährungssicherung gelegt, die GAP auf die Resilienzstärkung landwirtschaftlicher Betriebe ausgelegt und Krisenpläne aktualisiert.

Nationaler Bericht zur Lebensmittelversorgungssicherheit: Österreichs Bevölkerung wird regelmäßig über die Lebensmittelversorgungssicherheit informiert.

Mehr Transparenz im Lebensmittelhandel: Um Klarheit zu bekommen, an welcher Stelle in der Lebensmittelkette die Preis-Senkungen nicht weitergegeben werden, wird künftig ein Lebensmittel-Transparenzbericht Licht ins Dunkel bringen.

Regionen-Strategie: Um Österreichs Regionen für kommende Herausforderungen zu rüsten, hat Totschnig die Initiative "Meine Region - Heimat. Zukunft. Lebensraum" gestartet. Teil war eine österreichweite Dialogtour, mit deren Inputs eine Regionen-Strategie erarbeitet wurde.

100 Mio. Euro zusätzlich für Österreichs Trinkwasserversorgung: Für verstärkte Maßnahmen zur Klimawandelanpassung wurden 100 Mio. Euro zusätzlich für die Siedlungswasserwirtschaft zur Verfügung gestellt.

Neue Förderungsrichtlinien für die Trink- und Abwasserwirtschaft: Durch den Klimawandel kommt es immer öfter zu Überlastungen im Kanalsystem. Deshalb werden durch die Förderung der Siedlungswasserwirtschaft weitere Anreize gesetzt, um den natürlichen Wasserkreislauf durch ein naturnahes Regenwassermanagement aufrechtzuerhalten bzw. wiederherzustellen.

Aktivitäten in den Bundesländern: Darüber hinaus war Totschnig in seinem ersten Jahr als Landwirtschaftsminister an 99 Tagen in Bundesländern unterwegs und hat dabei 220 Termine in 70 unterschiedlichen Bezirken wahrgenommen, heißt es aus dem Ministerium. (Schluss)

Moosbrugger: Biodiversitätsflächen überflügeln genutzte Bracheflächen bei weitem

Künstlich inszenierte Verzerrung von Fakten durch Umweltlobbyist:innen

Wien, 23. Mai 2023 (aiz.info). - "Die heutige Aussendung selbst ernannter Umweltschützer:innen beweist einmal mehr, dass es diesen primär darum geht, künstlichen Alarmismus zu verbreiten und unsere nachhaltige bäuerliche Familienlandwirtschaft einmal mehr als Sündenbock anzuprangern. Obwohl seriöse Fakten das Gegenteil zeigen, lassen sich die Lobbyist:innen davon nicht ihre Marketingstrategie verderben", betont Landwirtschaftskammer (LK) Österreich-Präsident **Josef Moosbrugger** zur erneut geäußerten Kritik an der Bracheflächennutzung.

Biodiversitätsschutz in noch nie dagewesenem Rekordausmaß

"Die Zahlen der Mehrfachflächenanträge für 2023 belegen, dass die heimischen Bäuerinnen und Bauern - neben der Lebensmittel-, Rohstoff- und Energieerzeugung - in einem noch nie dagewesenen Ausmaß Biodiversitätsschutz betreiben. Durch hochwertige ÖPUL-Naturschutzflächen und die Anlage von Biodiversitäts- und Bracheflächen werden insgesamt rund 210.000 ha Agrarflächen für die Umwelt bereitgestellt und auf Ertrag verzichtet. Das bedeutet ein Plus von 60.000 ha gegenüber dem Vorjahr. Damit werden mittlerweile rund 10% der landwirtschaftlich genutzten Flächen in Österreich speziell biodiversitätsfördernd bewirtschaftet, etwa durch Verzicht von Dünger, Pflanzenschutzmitteln oder Aussaat spezieller Blümmischungen", unterstreicht Moosbrugger. Gemäß jüngsten Zahlen von 2022 werden darüber hinaus 27,7% der landwirtschaftlichen Nutzfläche bzw. rund 706.000 ha biologisch bewirtschaftet. Demgegenüber stehen lediglich rund 10.000 bis 20.000 ha Bracheflächen, die für 2022 bis 2023 freigegeben wurden. "Was die NGOs hier betreiben, ist ein künstlich inszenierter Sturm im Wasserglas", so der LKÖ-Präsident.

Biodiversitätsflächen mit noch strengeren Auflagen als Bracheflächen

"Die kritisierte Ausnahmeregelung zur Bracheflächennutzung war eine Maßnahme zur Verbesserung der Ernährungs- und Versorgungssicherheit nach Beginn eines nicht abschätzbaren Krieges in einer der zentralen ackerbaulichen Anbauregionen Europas und des steigenden Welthungers. Es wurden

auch nicht 'die Greening-Auflagen', sondern nur ein einzelnes Element mit einer Ausnahme versehen. Für den Großteil der österreichischen Betriebe war die Ausnahme nicht relevant, weil sie an viel strengeren Maßnahmen des Österreichischen Agrarumweltprogramms (ÖPUL) teilnehmen. Biodiversitätsflächen etwa unterliegen noch strengeren Vorgaben, z.B. mit mehreren blühenden Pflanzenarten bzw. Mischungspartnern, ökologisch optimierten Pflegezeitpunkten und vielem mehr", erklärt der LKÖ-Präsident.

Kulturspektrum für 2023 bereits nachgeschärft

"Dass auf den wenigen Flächen, die tatsächlich in Produktion genommen wurden, kein Brotgetreide, sondern Pflanzen angebaut wurden, die erst im Frühjahr ausgesät werden können (Mais, Soja), hat auch damit zu tun, dass Weizen bereits im Herbst anzubauen ist und die erste Freigabe dieser Flächen für 2022 durch die EU-Kommission erst im Frühjahr erfolgte. Ein weiterer Beweis für die 'Seriosität' mancher NGO-Vertreter:innen", so Moosbrugger. Für 2023 wurde die Ausnahme bereits nachgeschärft, indem nur Getreide (ausgenommen Mais), Leguminosen (ausgenommen Soja) und Sonnenblumen im Rahmen der Ausnahme anstelle von Brache angebaut werden können.

Nicht Menschen mit falschen Behauptungen verführen

"Wir lehnen ab, dass Menschen, denen der Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen ein großes Anliegen ist, mit falschen Behauptungen und künstlicher Aufregung auf Kosten der Bäuerinnen und Bauern Sand in die Augen gestreut wird. Daher möchten wir diese Organisationen aufrufen, sich den tatsächlichen Problemen auf dieser Welt zu widmen, wo ihr Engagement durchaus Gutes bewirken könnte", so Moosbrugger. "Ständig auf unsere ohnehin nachhaltig wirtschaftenden und unter enormem Druck stehenden Bauernfamilien hinzudreschen, ist ein schädliches Geschäftsmodell, das wir zutiefst ablehnen. Dieses läuft echter Nachhaltigkeit und Versorgungssicherheit komplett entgegen. Wir fordern Fakten statt Fake-News und ehrliches Engagement für die gute Sache", schließt der LKÖ-Präsident. (Schluss) APA OTS 2023-05-23/13:06

EU-Agrarausschuss debattiert über Generationenwechsel in der Landwirtschaft

Schmiedtbauer: Einkommen, Wertschätzung und lebendige Regionen für Berufswahl entscheidend

Brüssel, 23. Mai 2023 (aiz.info). - Über einen Forderungskatalog für den Generationenwechsel in der Land- und Forstwirtschaft haben heute, Dienstag, die Abgeordneten im Agrarausschuss des Europaparlaments debattiert. "Nur mit einem erfolgreichen Generationenwechsel stellen wir sicher, dass sowohl unser Essen als auch nachhaltige, nachwachsende Ressourcen aus unseren Wäldern in Zukunft weiterhin von lokalen, umwelt- und klimafreundlichen Familienbetrieben in der EU bereitgestellt werden und nicht vom anderen Ende der Welt mit dem Schiff nach Europa verfrachtet werden müssen", sagt ÖVP-Agrarsprecherin **Simone Schmiedtbauer**. Österreich gehe bereits mit gutem Beispiel voran. "Wir haben innerhalb der Gemeinsamen Agrarpolitik die größte Unterstützung für den Generationenwechsel. Das zeigt auch Wirkung", so die Europaabgeordnete und führt weiter aus: "Bei uns wird jeder fünfte bäuerliche Betrieb von einer Person unter 40 Jahren geführt, mehr als in jedem anderen EU-Land."

"Wir müssen uns aber ganz deutlich mit den Herausforderungen auseinandersetzen. Es kann nicht sein, dass Landwirtinnen und Landwirte im Durchschnitt weniger als die Hälfte der restlichen Bevölkerung verdienen. Diejenigen, die mit Fleiß und Liebe unsere täglichen Mahlzeiten produzieren, dürfen selbst nicht mit einem Hungerlohn auskommen müssen. Wir brauchen eine ordentliche Kompensation für die vielfältigen Tätigkeiten, die unsere Landwirtinnen und Landwirte im Dienste der Allgemeinheit verrichten. Nur so können wir ein faires Einkommen und damit eine zukunftsfähige Landwirtschaft sicherstellen. Gleichzeitig braucht es auch eine entsprechende Wertschätzung für die Land- und Forstwirtschaft, die ich aktuell leider oft vermisse", sagt Schmiedtbauer.

"Eine besondere Aufmerksamkeit brauchen unsere Gemeinden und Regionen. Sorgen wir für lebendige, lebens- und lebenswerte Regionen, in denen der nächsten Generation wirtschaftliche und soziale Chancen geboten werden. In blühenden Regionen werden wir auch in Zukunft blühende land- und forstwirtschaftliche Betriebe finden, in denen die nächste Generation gut und gerne arbeitet und uns mit ihrer Arbeit tagtäglich mit Essen und dem nachhaltigen Rohstoff Holz versorgt", sagt Schmiedtbauer abschließend. (Schluss)

Stickstoffkrise in den Niederlanden: Landwirte müssen Emissionen reduzieren

Technische Innovationen statt Tierbestandsreduktionen gefordert

Leeuwarden, 23. Mai 2023 (aiz.info). - Grünlandflächen soweit das Auge reicht. Sie dominieren das Landschaftsbild von Friesland, einer Provinz im Norden der Niederlande, wo **Herman Miedema** 175 Milchkühe auf seinem Betrieb mit 100 ha, von denen 82 ha Grünland- und 18 ha Maisflächen sind, hält. "Wir haben die Dinge kommen gesehen", sagt er hinsichtlich des seit Jahren schwelenden Konflikts um deutlich zu hohe Stickstoffemissionen in dem dicht besiedelten Land. Auch wenn der Stickstoffeintrag seit 1990 halbiert wurde, ist dieser nirgendwo so hoch wie in den Niederlanden. Ein Urteil des obersten Verwaltungsgerichts aus dem Jahr 2019, endlich die Grenzwerte der EU-Naturschutzrichtlinien einzuhalten, bringt die niederländische Regierung und somit auch die Landwirtschaft deutlich unter Druck. Insbesondere der Milchsektor mit intensiver Tierhaltung steht vor der Herausforderung, die Emissionen von Stickstoff, Ammoniak und Treibhausgasen zu reduzieren.

In der niederländischen Milchviehhaltung dreht sich alles um die "Lizenz zum Produzieren", die mit "Emissionsrechten" hinterlegt ist. Herman hat bereits 2009 einen emissionsmindernden Boden aus Kunststoff nach einem in Dublin entwickelten Prototyp in Teilen seines Stalles einbauen lassen. Der Boden ist weicher als ein Spaltenboden aus Beton, aber auch deutlich rutschiger. Zudem ist dieser vermutlich kürzer einsatzfähig und in der Praxis hinsichtlich der Emissionsreduktion doch weniger wirksam als in den Tests errechnet. Der Landwirt versucht nun, auch mit dem Besprühen des Stallbodens mit Wasser sowie mit einer regelmäßigen Weidehaltung seine Lizenz aus dem Jahr 2008 zu halten. "Es gibt viele innovative und technische Möglichkeiten, um die Emissionen von Stickstoffoxiden und Ammoniak zu senken. Entscheidet sich die Regierung für eine Reduktion der Tierbestände, dann brauchen wir bessere Kühe. Wir wollen Geld verdienen, wir wollen investieren", stellt Herman klar.

Betrieben nahe Natura-2000-Gebietes droht Enteignung

Der 58-jährige Landwirt ist in der glücklichen Lage, dass sein Betrieb, den er gemeinsam mit seinem Sohn bewirtschaftet, nicht nahe eines Natura-2000-Gebietes liegt. Denn für die rund 3.000 Tierhaltungsbetriebe in der Nähe dieser Naturschutzgebiete sieht die niederländische Regierung mitunter radikale Eingriffe vor. Entweder sie reduzieren den Viehbestand, investieren in kostenaufwendige Technik zur Emissionsminderung oder sie geben ihren Hof auf. Letztere sollen mit einer Entschädigungszahlung von rund 120% des Betriebswertes abgelöst werden und sich dazu verpflichten, keine Tierhaltung in der EU mehr zu betreiben. Melden sich zu wenige für eine freiwillige Betriebsaufgabe, so könnten diese von der Regierung dazu gezwungen werden, was einer Enteignung gleichkommt. Für das "national buyout scheme" ist ein Budget von 13,8 Mrd. Euro aus dem 25 Mrd. Euro umfassenden Topf zur Lösung der Stickstoff-Krise vorgesehen. Aber auch kapitalintensive Unternehmen sind am Kauf von tierhaltenden Betrieben interessiert, denn sie könnten so Stickstoffrechte erwerben.

Die Folge waren heftige Demonstrationen der Bauern, als Zeichen der Ablehnung kopfüber gehisste Nationalflaggen und schließlich ein Erdrutschsieg der jungen Protestpartei "Bauern-Bürger-Bewegung" in den Provinzwahlen am 15. März 2023. Für den amtierenden liberalen Ministerpräsidenten Mark Rutte wird die Umsetzung neuer Umweltauflagen dadurch deutlich schwieriger, da Emissionsreduktionen in die Zuständigkeit der Provinzräte fallen. In der Zwischenzeit genehmigte die EU-Kommission zwei nationale Beihilferegulungen in den Niederlanden mit einer Summe von rund 1,47 Mrd. Euro zur Verringerung der Stickstoffeinträge in Natura-2000-Gebieten. Betroffene Betriebe sollen dadurch motiviert werden, ihre Tierhaltung dauerhaft zu beenden und somit die Umweltbelastung in den ausgewiesenen Gebieten zu verringern.

Vertrauen in die Regierung ist gering

"Das Vertrauen der Bevölkerung in die Regierung ist sehr gering. Die Landwirte fühlen sich unverstanden und nicht gehört", erklärt sich **Femke Wiersma** als Vertreterin der "Bauern-Bürger-Bewegung" in Friesland den Wahlerfolg ihrer Partei. Sie sieht nicht ein, warum in den Niederlanden alles auf "Stickstoffrechten" basiere, wo doch technische Entwicklungen zur Lösung beitragen könnten. "Das milliardenschwere Paket sollte dazu verwendet werden, die betroffenen Landwirte in der Umsetzung umwelt- und klimaschonender Maßnahmen zu unterstützen anstatt für den Aufkauf ihrer Betriebe", sieht Wiersma Bewegung in die politische Diskussion kommen, an der in erster Linie Landwirtschaftsminister Piet Adema und die bezeichnenderweise einzige Ministerin für Stickstoffpolitik, Christianne van der Wal-Zeggelink, beteiligt sind.

Für **Trienke Elshof** vom niederländischen Bauernverband LTO ist der Wahlerfolg der "Bauern-Bürger-Bewegung" ein klarer Auftrag an die Regierung, ihre Pläne, die eine Halbierung des Stickstoffeintrages bis 2030 vorsehen, anzupassen. LTO fordert die Abschaffung dieser "drastischen" Frist, eine Anhebung des "kritischen Depositionswerts", der als Maß für den Nährstoffeintrag gilt, sowie eine Garantie, dass es keine Zwangsaufkäufe von landwirtschaftlichen Betrieben geben wird. Denn die Maßnahmen in dem von der Regierung vorgelegten Paket würde das Aus für etwa 30% der Tierhaltungsbetriebe zur Folge haben. Das geht aus Zahlen der Regierung hervor. Die LTO drängt die Regierung auch, zum Zieldatum 2035 für die Stickstoffreduzierung - wie im geltenden Recht festgelegt - zurückzukehren und alle finanziellen Unterstützungsströme für die betroffenen Landwirtinnen und Landwirte zur Verfügung zu stellen.

An neuen, innovativen Lösungen wird mit Hochdruck geforscht

Dennoch werden die Landwirt:innen in den Niederlanden auf die neuen Herausforderungen reagieren müssen. Ein eigener Forschungscampus der Universität Wageningen mit sechs Ställen, 550 Kühen und 350 ha unterstreicht die Bedeutung der Milchproduktion in den Niederlanden, die nach den USA der zweitgrößte Agrarexporteur der Welt sind. Die Wissenschaftler:innen in Wageningen aber auch Wirtschaftsbetriebe arbeiten mit Hochdruck an neuen, innovativen Lösungen. So werden etwa verbesserte Messmethoden für Emissionen in den Ställen entwickelt. In einer anderen Abteilung wird anhand unterschiedlicher Futterrationen ermittelt, wie weit der durchschnittliche Rohproteingehalt von aktuell 162 g/kg Trockenmasse abgesenkt werden kann, ohne dass dabei das Leistungsvermögen der Kühe und die Futtereffizienz darunter leiden. Jüngste Forschungsergebnisse zeigen, dass 1 g weniger Rohprotein in der Ration einer Reduktion der Stickstoffemissionen um etwa 1% gleichkommt. Auch der Einfluss einer verstärkten Weidehaltung ist ein wesentlicher Teil der Analysen.

Dazu gibt es ein Mistverarbeitungssystem von Lely, das Festmist und Urin trennt. Ammoniak aus dem Urin, der sich normalerweise nach ein paar Stunden verflüchtigt, kann so in einem Filtersystem mit Schwefelsäure versetzt als Ammoniumsulfat gebunden und später als Flüssigdünger ausgebracht werden. Der von dem niederländischen Unternehmen DSM über zehn Jahre entwickelte und mittlerweile EU-weit zugelassene Futtermittelzusatzstoff mit dem Namen Bovear kann nach eigenen Angaben Methanemissionen um rund 30% reduzieren. Zudem sind Biogasanlagen sowie Anreizsysteme von Molkereien zusätzliche Strategien in der Emissionsreduktion.

Auch Züchtungsversuche zwischen der in den Niederlanden dominanten und auf Milchproduktion gezüchteten Holstein-Friesian-Rasse und Fleckvieh wurden gestartet. "Das ist ein vielversprechender Ansatz", berichtet Herman von ersten Versuchen auf seinem Betrieb. Das Ziel dieser Züchtung sind robustere Tiere, die sich laut dem Landwirt in einem deutlichen Heterosiseffekt in den Nachkommen mit 99% des Produktionslevels der Holstein-Friesian sowie einer geringeren Zellzahl und verbesserter Fruchtbarkeit vorerst bestätigte.

Herman ist Bauer aus Leidenschaft und bereit, etwas zu verändern, wie er in einem Gedicht festhält: "Während Pendler frühmorgens an meinem Hof vorbeiziehen und vor ihren Computern schmachten, starte ich meinen Tag inmitten meines Viehs. Ich beobachte die Morgendämmerung, die alles um mich in ein warmes Licht hüllt und betrachte die Natur jeden Tag", heißt es etwa darin. "Und das möchte ich auch in Zukunft tun", so Herman.

Zahlen und Fakten

In den Niederlanden wurden 2022 insgesamt 1,57 Mio. Milchkühe auf 14.700 landwirtschaftlichen Betrieben gehalten und 13,8 Mio. kg Milch erzeugt. Im Durchschnitt stehen 107 Kühe in einem niederländischen Stall. Im Vergleich dazu waren es in Österreich laut den aktuellsten Zahlen aus dem Grünen Bericht im Jahr 2021 rund 528.000 Milchkühe auf knapp 25.000 Höfen und eine Produktion von 3,4 Mio. kg Milch. Das entspricht im Schnitt 23 Kühen/Betrieb. Der durchschnittliche Viehbesatz beträgt in den Niederlanden 2,1 Großvieheinheiten (GVE) pro ha, während er in Österreich unter 1 GVE pro ha liegt. Noch dazu ist dort die Tierhaltung im Gegensatz zu Österreich nicht an die Fläche gebunden. Der Anteil von Biomilch liegt in den Niederlanden bei nur 4%, dagegen in Österreich bei rund 20%.

Im Jahr 2023 darf ein niederländischer Milchviehhalter insgesamt 345 kg Stickstoff pro ha Grünland ausbringen, wenn es sich um einen Lehmboden handelt und dieser beweidet wird. Für Milchbauern mit Grünlandflächen auf Sand- oder Torfböden liegen die Mengen darunter. Das Maximum variiert dann von 265 kg bis 320 kg N total pro ha und Jahr. Wenn am Feld kein Ackerfutter angebaut wird, sondern beispielsweise Silomais für die Tierfütterung, dann sind die erlaubten Düngergaben nur 140 kg reiner Stickstoff/ha. In Österreich liegt die maximal erlaubte Obergrenze für jahreswirksamen N/ha im Grünland bei 210 kg/ha. 2017 trat in der niederländischen Milchviehhaltung ein Phosphatreduktionsplan in Kraft. Bereits damals mussten Betriebe Tiere reduzieren, um das Herdenwachstum zu stoppen. (Schluss) hub

LKÖ nominiert Lorenz Mayr als neuen Vorsitzenden des AMA Verwaltungsrates

Dank an Rupert Quehenberger - Claudia Entleitner soll in den AMA Marketing Aufsichtsrat folgen

Wien, 23. Mai 2023 (aiz.info). - Landwirtschaftskammer (LK) Salzburg-Präsident **Rupert Quehenberger** hat heute, Dienstag, auf eigenen Wunsch seinen Rückzug von der Funktion als Vorsitzender des AMA Verwaltungsrates bekannt gegeben. Die Landwirtschaftskammer Österreich ist per Gesetz aufgerufen, dem Landwirtschaftsminister Mitglieder für den Verwaltungsrat und deren Vorsitzende bzw. dessen Vorsitzenden vorzuschlagen. Daher wird LK Niederösterreich-Vizepräsident **Lorenz Mayr** als Mitglied und Vorsitzender des Verwaltungsrates nominiert. Gleichzeitig wird LK Salzburg-Vizepräsidentin und Landesbäuerin **Claudia Entleitner** als Ersatzmitglied im Verwaltungsrat und Mitglied des Aufsichtsrates der AMA Marketing vorgeschlagen.

"Mit dem Weinviertler Lorenz Mayr nominieren wir einen überaus engagierten, lösungsorientierten Praktiker, dessen Herz für die Zukunft der heimischen Landwirtschaft schlägt. Mayr verfügt über hohes fachliches Knowhow, insbesondere im Ackerbau, und konnte auch bereits in verschiedensten interessenpolitischen Funktionen Erfolge verbuchen. Stets spürbar ist sein zentrales Anliegen, Produktionseffizienz und Nachhaltigkeit unter einen Hut zu bringen und somit Versorgungssicherheit und Schutz natürlicher Ressourcen zu vereinen. Wir sind sicher, dass er sein Wissen und Kommunikationstalent auch in dieser Funktion zum Wohle aller Bäuerinnen und Bauern und der Gesellschaft einsetzen wird", betont LK Österreich-Präsident **Josef Moosbrugger**

Mayr wurde 1982 in Steinabrunn im niederösterreichischen Weinviertel geboren, wo er heute gemeinsam mit seiner Familie einen Ackerbaubetrieb führt und die damit verbundenen Herausforderungen über seine Social Media-Kanäle auch einer breiten Öffentlichkeit näherbringt. 2019 gründete er den vielbeachteten Verein BODEN.LEBEN. Seit April 2020 ist er als LK NÖ-Vizepräsident tätig. Schon bisher hat er als Mitglied im AMA Marketing Aufsichtsrat und als Ersatzmitglied im AMA Verwaltungsrat fungiert.

"Mit der Salzburgerin Claudia Entleitner nominieren wir eine höchst kompetente und begeisterte Bio-Milchbäuerin als Aufsichtsrätin in der AMA-Marketing und als Ersatzmitglied im Verwaltungsrat. Sie gilt als Kämpferin für einen verstärkten Dialog zwischen Landwirtschaft, Bevölkerung und Tourismus, um Wertschätzung und Wertschöpfung für unsere bäuerlichen Betriebe und insbesondere

die Alm- und Weidewirtschaft zu steigern. Wir sind davon überzeugt, dass Entleitner ihr großes und vielfältiges Knowhow auch in dieser Funktion bestens im Sinne unserer Qualitätslandwirtschaft einbringen wird", hebt der LKÖ-Präsident hervor.

Entleitner wurde 1969 im Salzburger Schwarzach im Pongau geboren und bewirtschaftet heute gemeinsam mit ihrer Familie einen Bio-Milchviehbetrieb in Piesendorf. Seit 2019 ist sie Landesbäuerin und seit 2022 Vizepräsidentin der LK Salzburg.

"Gleichzeitig bedanken wir uns sehr herzlich bei Rupert Quehenberger für seinen großen Einsatz im AMA Verwaltungsrat in einer für die Bäuerinnen und Bauern sowie die Organisation überaus herausfordernden Zeit. Sein persönliches Engagement und sein wertschätzender Umgang werden in der AMA auch weiterhin wertvolle Früchte tragen und der heimischen Landwirtschaft nachhaltig gute Dienste leisten. Für seine verbleibenden Aufgaben und Ämter wünschen wir ihm alles Gute und freuen uns auf die weitere Zusammenarbeit", betont Moosbrugger. (Schluss) APA OTS
2023-05-23/14:01

Uneinheitliche Preisentwicklung am EU-Schlachtrindermarkt

Rückläufige Notierung für Schlachtkälber in Österreich

Wien, 23. Mai 2023 (aiz.info). - Die Preise am EU-Schlachtrindermarkt entwickeln sich derzeit sehr uneinheitlich. Während das Niveau in Tschechien, Polen und Slowenien aufgrund von Lebendverladungen in die Türkei nach wie vor höher ist, herrscht in Deutschland mittlerweile über alle Kategorien Preisdruck. Dabei werden von Seiten der Schlachthöfe besonders Jungstiere mit höheren Qualitäten zu geringeren Erlösen abgenommen. Auch im Schlachtkuhbereich ist ein leicht steigendes Angebot gegenüber einer sinkenden Nachfrage zu beobachten, berichtet die Rinderbörse.

In Österreich liegt das Angebot bei Jungstieren leicht über der Vorwoche, bei einer unbefriedigenden Absatzsituation im Lebensmitteleinzel- und Großhandel. Erschwerend kommt der Export nach Deutschland hinzu, wo die Preise ebenso unter Druck stehen. Etwas stabilisierend könnte das bessere Wetter im Edelteilabsatz wirken. Bei Redaktionsschluss konnte noch nicht mit allen Partnern eine Preiseinigung erzielt werden. Das Angebot an Schlachtkühen ist relativ stabil zur Vorwoche, wobei sich die Exportsituation etwas angespannter darstellt als in den vergangenen Wochen. So sind vor allem Richtung Holland bzw. auch Richtung Frankreich die Preise für Fleischstücke aus der Pistole unter Druck. Grundsätzlich herrscht eine solide Marktlage, dennoch konnte für diese Kategorie bei Redaktionsschluss noch nicht mit allen Abnehmern eine Preiseinigung erzielt werden. Auch Schlachtkälber notieren diese Woche niedriger als in der Vorwoche.

Bei Einstellrindern ist aktuell mit Start der Weidesaison ein steigendes Angebot gegeben. Im Wesentlichen sind Angebot und Nachfrage sehr ausgeglichen, woraus sich feste Notierungen ergeben. In der Fresser-Vermarktung steht einem stabilen Angebot eine gleichbleibend gute Nachfrage gegenüber, und die Preise sind in dieser Kategorie unverändert.

In der Vermarktung von Nutzkälbern hat sich das Angebot mittlerweile auf der üblichen Frühjahrsmenge eingependelt. Die Nachfrage ist gut und führt zu flotten Marktverläufen. Die Preise sind nochmals leicht steigend.

Die Österreichische Rinderbörse rechnet diese Woche mit einer unveränderten Notierung für Kalbinnen der Handelsklasse R2/3 von 3,86 Euro/kg und einem Preisrückgang für Schlachtkälber auf 6,15 Euro/kg. Für Jungstiere und Schlachtkühe konnte noch keine Preiseinigung erreicht werden. Die angegebenen Basispreise sind Bauernauszahlungspreise ohne Berücksichtigung von Qualitäts- und Mengenzuschlägen. (Schluss)

Kartoffelmarkt: Ware aus der Ernte 2022 fast zur Gänze vermarktet

Importe schließen Lücke bis zum Start der Heurigsaison

Wien, 23. Mai 2023 (aiz.info). - Die Vermarktung der österreichischen Speisekartoffelernte 2022 ist mittlerweile fast abgeschlossen. Die noch vorhandenen Restbestände sind vertraglich fix vergeben. Freie heimische Ware gibt es keine mehr. Der Lebensmitteleinzelhandel (LEH) versucht nun die Versorgungslücke bis zum Start der Heurigsaison mit Importware zu überbrücken, teilt die Interessengemeinschaft Erdäpfelbau mit. Dies ist aber angesichts der knappen Versorgungslage in ganz Mitteleuropa nicht gerade einfach. Einerseits wird versucht, auf alterntige Ware aus Frankreich, Deutschland, Belgien oder den Niederlanden zurückzugreifen. Dort sind mittlerweile die Lagerbestände aufgrund der zuletzt stark gestiegenen europäischen Nachfrage aber auch schon recht überschaubar. Ebenfalls mengenmäßig stark eingeschränkt und entsprechend teuer sind Frühkartoffeln aus Ägypten, Israel oder Spanien. Die gesamte Branche sehnt daher den Start der heimischen Frühkartoffelsaison herbei. Anfang Juni dürften die ersten Heurigen aus dem Burgenland und der Steiermark für den LEH in eingeschränktem Umfang zur Verfügung stehen.

Auch am deutschen Speisekartoffelmarkt schwindet das Angebot an alterntiger Ware zusehends. Die Läger der Landwirte sind geräumt und auch so mancher Händler verfügt nur noch über kontrahierte Ware. Dennoch sind die verfügbaren Angebotsmengen angesichts der zuletzt ruhigen Nachfrage einigermaßen ausreichend. Das Preisniveau blieb daher weitgehend stabil. Lediglich für Ware in Top-Qualität waren noch Aufgelder möglich. Zudem wird das Sortiment laufend durch Frühkartoffelimporte aus Ägypten, Israel und zunehmend auch aus Spanien ergänzt. In den meisten Herkunftsländern stehen aber deutlich weniger Mengen als in den Vorjahren zur Verfügung. Dies hat zuletzt zu weiteren Preissteigerungen bei der Importware geführt. Für Frühkartoffeln aus Israel wurden letzte Woche schon 85 Euro/100 kg franko und aus Spanien 90 bis 95 Euro/100 kg franko genannt. (Schluss)

RWA-Challenge sucht neueste Robotik- und KI-Lösungen für die Landwirtschaft

Bewerbung für Unternehmen aus aller Welt bis 18. Juni möglich

Korneuburg, 23. Mai 2023 (aiz.info). - Neueste Robotik- und KI-Technologien für den Agrarbereich sind bei der "Robotics & Smart Implements Challenge" gefragt, die von RWA Raiffeisen Ware Austria gemeinsam mit den Tochterunternehmen Lagerhaus Technik-Center und Agro Innovation Lab organisiert wird. Bewerberinnen und Bewerber aus aller Welt sind aufgerufen, ihre innovativen

Lösungen für die Beikrautregulierung sowie den Wein- und Obstbau einer Fachjury zu präsentieren. Gefragt sind zudem Spezialanwendungen aus allen agrarischen Bereichen, die ein konkretes Problem lösen. Der Wettbewerb bietet die einzigartige Möglichkeit, einen Überblick über neueste Technologien sowie Marktmöglichkeiten zu gewinnen und sich mit internationalen Partner:innen zu vernetzen. Ziel der Challenge sei es, die interessantesten Innovationen ausfindig zu machen und nach Österreich zu holen, betont die RWA. Die besten Systeme werden prämiert.

Start-ups, Spin-offs und innovative Klein- und Mittelunternehmen können sich ab sofort bis zum 18. Juni 2023 für die Challenge bewerben. Die besten Einreichungen werden zur Präsentation im Rahmen der so genannten Demo Days Mitte Oktober 2023 eingeladen. Daraus werden die Gewinner:innen gekürt, auf die interessante Preise wie wissenschaftlich begleitete Projekte oder exklusive Vertriebsgespräche warten.

Nähere Informationen zur Robotics & Smart Implements Challenge stehen unter dem Link agroinnolab.com/de/rsic bereit. (Schluss)

Studierende präsentieren Agrarroboter auf der Messe "Land & Forst" in Wieselburg

Feld- und Stallvorführungen am Stand der "Innovation Farm"

Wieselburg, 23. Mai 2023 (aiz.info). - Auf der Fachmesse "Land & Forst" in Wieselburg, die von 1. bis 4. Juni 2023 stattfindet, werden innovative Roboter für die Landwirtschaft von Studierenden im vierten Semester des Bachelor-Studienganges "Agrartechnologie und Digital Farming" vom Campus Francisco Josephinum der FH Wiener Neustadt präsentiert. Am Stand der "Innovation Farm - Bauernhof der Zukunft" werden in Zusammenarbeit mit den Vertriebspartnern regelmäßig Feld- und Stallvorführungen mit Robotern abgehalten und dabei ihre Funktionen bei realistisch nachgestellten Verhältnissen gezeigt. Zukunftsweisende Technologien sowohl für die Innen- als auch für die Außenwirtschaft, die den Landwirtinnen und Landwirten die Arbeit erleichtern und die Produktivität verbessern sollen, stehen dabei im Fokus.

Markus Gansberger, Leiter des Bachelor-Studienganges und der Innovation Farm, betont: "Innovationen lösen stets Faszination aus. Mit unserem Messeauftritt haben wir die Möglichkeit, die neuesten Entwicklungen greifbar zu machen. Mich persönlich freut es besonders, mit welchem Enthusiasmus die Studierenden ihre Ideen vorbereiten. Sie brennen schon darauf, die neusten Roboter in Action zu präsentieren." Von Drohnen über Satelliten bis hin zu autonomen Agrarrobotern würden die Studierenden des Bachelor-Studiengangs Agrartechnologie & Digital Farming auf alle Facetten der Landwirtschaft von morgen vorbereitet.

"Mich faszinieren insbesondere die Feldroboter zum Unkraut hacken, da ich mich neben dem Studium hiermit bereits beruflich beschäftigte und darin viel Potenzial sehe. Auf der Messe wollen wir die Roboter auf einem eigens vorbereiteten Schaufeld live vorführen und untereinander vergleichen", berichtet **Lorenz Bauer**, Studierender im vierten Semester, begeistert.

Die Messe bietet außerdem die Gelegenheit, sich mit den Studierenden, Berufskolleg:innen sowie mit Expert:innen auszutauschen. Die Studierenden werden für Fragen zur Verfügung stehen und mit ihren profunden Kenntnissen die Funktionsweisen und die Einsatzbereiche der Roboter erklären.

"Smarte Roboter sollen der Landwirtschaft zukünftig unter die Arme greifen und die mechanische Handarbeit durch zunehmende Automatisierung reduzieren - insbesondere dort, wo Saisonarbeitskräfte immer schwieriger zu bekommen sind, - und uns hochqualitative und heimische Lebensmittel sichern", ist Gansberger überzeugt. (Schluss)